

Rede: Ingrid Pitterle (Fraktionsvorsitzende DIE LINKE)

22.11.2021

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen

Sehr geehrter Herr Landrat!

Als wir 3 Frauen von der Linken im Sommer 2019 in diesen Kreistag gewählt wurden, konnten wir uns im Traum nicht vorstellen, dass Anfang 2020 ein kleines Virus in unser Land, unseren Kreis, ja in die ganze Welt eindringen würde, das uns schon das 2. Jahr in Atem hält. Das gefährliche an Viren ist, man riecht sie nicht, schmeckt sie nicht, hört sie nicht und sieht sie nicht. Wir sehen aber die Auswirkungen, die vielen Kranken in den Krankenhäusern, Intensivstationen und zu viele die daran sterben. Wir befinden uns jetzt in einer 4. Welle, die unser Land flutet, wir haben eine sehr hohe Hospitalisierungsrate und fast einen Notstand. Umso unverständlicher sind Coronaverharmloser und Impfgegner. Mit angeblichen Freiheitseinschränkungen haben die Coronaregeln nichts zu tun. Wir fahren heute nicht mehr ohne Sicherheitsgurt Auto oder das Rauchen in Gaststätten ist längst verboten.

Das Argument, dass auch Geimpfte erkranken können ist keines gegen eine Impfung, denn bei fast allen Viruserkrankungen sind Auffrischimpfungen, also Booster notwendig.

Erst im Jahre 2002 hat die WHO ganz Europa für poliofrei erklärt. Das war nur durch konsequentes Impfen möglich.

Da wir auch in unserem LK einen zu geringen Impfstand haben, unterstützen wir Herrn Bernhard bei seinen Bestrebungen, sich für eine Impfpflicht- zumindest für bestimmte Berufe- einzusetzen.

Mit jeder Coronawelle wird unser Gesundheitssystem schwächer. Auch wenn wir in unseren Kreis-Kliniken keine Kündigungswelle haben, so gibt es krankheitsbedingte Ausfälle und das medizinische Klinikpersonal ist erschöpft und ausgepowert.

An dieser Stelle wollen wir uns bei allen medizinischen Kräften, Ärztinnen und Ärzten ganz herzlich für ihre aufopferungsvolle Tätigkeit bedanken.

Aber wie schon oft von allen gesagt wurde, danken und klatschen reicht nicht, Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflegeheimen müssen ausreichend bezahlt werden.

Wir begrüßen den Erhalt unserer Krankenhäuser in Leonberg und Herrenberg. Der Bau des Flugfeldklinikums war und ist die richtige Entscheidung.

Sorge bereitet uns die Finanzierung des Flugfeldklinikums. Seit 1991 hat die Investitionsfinanzierung der Bundesländer für Krankenhäuser um 18% abgenommen. Dies scheint in Baden- Württemberg nicht anders zu sein. Sollten die Zuschüsse der Landesregierung nicht in der erwünschten Höhe erfolgen, befürchten wir, dass die längst überfällige Renovierung und Aus- oder Umbau von Schulen wieder auf die lange Bank geschoben werden könnte.

### **Bildung**

Für Kinder, Jugendliche, aber auch Erwachsene sind die jeweiligen Bildungseinrichtungen wegen der Pandemie nicht mehr so problemlos zugänglich wie bisher. Digitales Lernen bietet zusätzliche Lernplattformen. Wir freuen uns, dass die IT – Ausstattung in den kreiseigenen Schulen vorwärts gebracht wurde und bei der Umsetzungskonzeption IT @ school LehrerInnen durch einen externen Service Leister unterstützt werden.

Dass wir in unserem Landkreis mit dem Hermann Hollerith Zentrum eine Hochschule mit Bachelor,- und Masterprogramm haben, wo man sogar einen Dokortitel erwerben kann ist gut. Unsere finanzielle Unterstützung ist mit Sicherheit für unsere Heranwachsenden eine gute Investition.

Aber das ist noch lange kein Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit. Denn die fängt ganz unten an. Bildungsgerechtigkeit heißt natürlich nicht, dass jede und jeder mit Abitur abschließt und studiert, sondern dass jedes Kind das haben kann was es braucht. Das heißt ausreichende Räumlichkeiten und Lehr,- und Betreuungspersonal für Kindereinrichtungen und Schulen. Davon sind wir noch weit entfernt. In Baden – Württemberg herrscht großer Lehrermangel, trotzdem sind 4000 LehrerInnen jedes Jahr in den Sommerferien arbeitslos. Die jetzige Kultusministerin will das zwar ändern, aber alles unter Finanzierungsvorbehalt. Und dann streut man noch Sand in die Augen der Eltern, indem man ihnen bis 2026 Ganztagesgrundschulen verspricht. Woher sollen die Räume, das Personal, ja das Geld herkommen?

Auch in unserem Landkreis besteht an der Basis Nachholbedarf: Die Schulkindergärten haben Wartelisten und in den Schulen gibt es Mehrbedarfe zwischen 4-25 Klassenzimmer. Für die Lehrereinstellung ist nicht unser Landkreis zuständig, aber wir können dafür sorgen, dass in den SBBZ ausreichend SozialarbeiterInnen und Betreuungskräfte mit unbefristeten Verträgen eingestellt werden. Und je nach persönlichem Bedarf auch mit 100 %.

### **Herausforderung durch Klimakrise**

Unser Landkreis ist sehr stark von der Automobilindustrie abhängig und verdankt auch den darin geschaffenen Werten seinen Wohlstand. Durch die Klimakrise und die Notwendigkeit der Klimaneutralität der Industrieproduktion stehen wir auch im Kreis Böblingen vor epochalen Umbrüchen. Daher sollten wir als Gremium diese erforderliche Transformation der Automobilproduktion aktiv mitbegleiten und durch Einbeziehung der Gewerkschaften und anderer zivilgesellschaftlicher Akteure diskutieren, wie das Ziel der Sicherung der Arbeitsplätze im Landkreis und der sozialgerechten Ausgestaltung dieser Transformation gelingen kann. Wir erwarten auch hier eine Initiative unseres Landrats.

### **Klima und ÖPNV**

Die Ziele des Landkreises für den Klimaschutz, insbesondere die Fortschreibung des Integrierten Klimakonzeptes und das Ziel, dass die Landkreisverwaltung bis zum Jahr 2035 klimaneutral organisiert ist, finden wir gut.

Doch bei allen Maßnahmen des Klimaschutzes muss es sozial gerecht zugehen. Die gerade steigenden Energiepreise beim Heizen, Strom und Benzin sind das Gegenteil.

Wie bei dem Virus, ist auch CO<sub>2</sub> geruchlos, geschmacklos und wir sehen den CO<sub>2</sub> Ausstoß nicht. Wäre er giftgrün und würde übel riechen, hätten wir längst Maßnahmen dagegen ergriffen. Doch sehen wir die Auswirkungen des Klimawandels: steigende Maximal- und Minimaltemperaturen, zunehmende Starkniederschläge, Gletscherrückgang und infolgedessen Anstieg der Meeresspiegel.

Da unter den Verkehrsträgern die Straße der Klimasünder Nummer 1 ist, muss der ÖPNV gestärkt werden.

Gerade zu Zeiten des Berufsverkehrs sind die Autolawinen enorm, da wären auch 90% E-Autos nicht die Rettung gegen Staus und gegen Feinstaub, der hauptsächlich durch Reifenabrieb und Bremsen verursacht wird.

Wir brauchen dringend mehr Gleisverbindungen über unseren Landkreis hinaus nach Stuttgart und mehr Quer- Verbindungen zwischen den einzelnen Landkreisen in unserer Region.

Das Land und der VVS sind gerade dabei Anreize zu schaffen, um mehr Menschen vom Individualverkehr hin zum ÖPNV zu bewegen, was in der Pandemiezeit besonders schwierig ist.

Wir begrüßen die Initiative des Landes Ba-Wü für ein 365,- Euro Ticket für Schüler, Auszubildende, Studierende und Jugendliche mit landesweiter Fahrtmöglichkeit. Wir hoffen natürlich, dass alle Landkreise, insbesondere unser Landkreis, die im VVS sind, auf dieses Angebot eingehen.

Unverständlich ist uns, dass wir noch keine Option für ein Sozialticket haben. Der Landkreis Göppingen, der dieses Jahr in den Verkehrsverbund VVS aufgenommen wurde, hat seit 01.01.2021 das SozialTicket Göppingen für 32 Euro im Monat eingeführt.

Auch Menschen mit niedrigem Einkommen sollten wir die Möglichkeit geben, wenn sie es benötigen, eine Vergünstigung im ÖPNV anzubieten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wenn Ihnen unser alljährlicher Antrag langweilig ist, wir bleiben am Ball und sagen: SozialTicket ja bitte!

### **Radwege**

Natürlich begrüßen wir auch die Einrichtung von Schnellradwegen. Alle Radfahrer, die nicht das Auto nehmen, tragen zur Verminderung des CO<sub>2</sub> Ausstoßes bei. Allerdings müssen auch die Radwege in den kreiseigenen Kommunen und Städten deutlich ausgebaut und erneuert werden. Die Bürgermeisterin und Bürgermeister, die diesem Gremium angehören, sollten das als Auftrag mitnehmen.

### **Wohnen**

Nach wie vor ist bezahlbarer Wohnraum auch in unserem Landkreis für Menschen mit mittleren und niedrigem Einkommen, für sozial benachteiligte Menschen, schwierig zu bekommen.

Andererseits gibt es viele leerstehende Wohnungen in unserem LK, Schätzungen gehen bis in die 6000.

Die eingerichtete Stelle für die Wohnraumakquise, ist bereits nach einem Jahr sehr erfolgreich. Die Arbeit dort erfordert viel Geduld und Einfühlungsvermögen und unserer Einschätzung nach, wäre es notwendig, H. Schuler den Rücken zu stärken und langfristig eine zweite Person einzustellen.

Es gibt das Bündnis für bezahlbaren Wohnraum, das wieder reaktiviert werden soll, was wir sehr begrüßen.

**MitarbeiterInnen im Landratsamt**

Wir leben in einem wirtschaftlich starken, aber dicht besiedelten Ballungsraum. Das bekommen die MitarbeiterInnen im Landratsamt zu spüren, denn Lebenshaltungskosten, ganz besonders die Mieten, sind hier extrem hoch.

Daher beantragen wir für alle MitarbeiterInnen des Landratsamts und den Eigenbetrieben eine Ballungsraumzulage in Höhe von 100 Euro monatlich.

Manche Beschäftigte, die im Außendienst tätig sind, müssen ihr privates Fahrzeug auch für Dienstfahrten einsetzen. Die Benzinpreise sind jedoch seit diesem Sommer enorm gestiegen. Daher beantragen wir für diese Beschäftigten die Gewährung von steuerfreien Benzingutscheinen.

**Kreisumlage**

Mit der Kreisumlage von 29,9% sind wir 100 Prozent einverstanden.

Auch die aufgeführten Nachhaltigkeitsziele sind uns wichtig und wir unterstützen sie.

Wir bedanken uns bei allen MitarbeiterInnen der Verwaltung für die Erstellung des Haushaltsplans und wünschen uns allen ein gutes Gelingen und Erfolg bei der Umsetzung im Jahr 2022.

